Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 14. November 2016

Niederschrift
über die 23. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 09.11.2016
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:50 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	
Herr Jörg Schmidt	
Herr Hansjoachim Weiß	bis TOP 3.2.
Herr Benjamin Zabel	ab TOP 3.1.
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	
Herr Uwe Geisler	
Herr Kai Grünler	
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	bis TOP 3.4.

Mitglieder der Verwaltung

Name	**Funktion**	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Weck	Pressesprecherin d. Stadt Plauen	TOP 3.4 bis 4.
Frau Dentler	Pressestelle	TOP 3.4 bis 4.
Herr Tillmann	Bereichsjurist	bis TOP 3.3.
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	bis TOP 5.

Frau Kramer	Controllerin	öffentl. Teil
Herr Kretzschmar	Ltr. Fachgebiet Bürgerbüro/Service/Wahlen	bis TOP 3.2.

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste

Name	**Anwesenheitsgrund**
Frau Dähn	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Frau Schott	Freie Presse – öffentl. Teil
Herr Schubert	Friedensrichter, bis TOP 3.1.
Herr Koschinsky	zu TOP 3.1.
Frau Metscher	zu TOP 3.1.
Frau Kowalzik	zu TOP 3.1.

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.10.2016
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Vorberatung
3.1. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin und ggf. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin als Stellvertreter
Drucksachennummer 451/2016
3.2. Satzung zur 5. Änderung der Entschädigungssatzung
Drucksachennummer 452/2016
3.3. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen (GeschO-PL-StR)
Drucksachennummer 469/2016
3.4. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015
- Antrag der SPD/Grüne Fraktion, Reg.-Nr. 140/2016 und Stellungnahme der Verwaltung
Drucksachennummer 444/2016
4. Präzisierter Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen zur Erweiterung der Öffnungszeiten der Tourist-Information, Reg.-Nr. 145-16
5. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2017
6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 23. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er die Tagesordnung der 23. Sitzung des Verwaltungsausschusses um den Tagesordnungspunkt
TOP 3.4. Vorberatung
Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015
Drucksachennummer: 444/2016
- Antrag der SPD/Grüne Fraktion, Reg.-Nr. 140/2016 und Stellungnahme der Verwaltung
erweitert hat.
Eine Information zur Erweiterung der Tagesordnung erfolgte im Vorfeld.

Vor der Sitzung wurde ausgereicht:

- Erweiterung der Tagesordnung an Stadträte und sachk. Einwohner
- Vorlage „Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015“ - nur sachk. Einwohner (Stadträte bereits erhalten)
- Antrag der SPD/Grüne Fraktion zur Vorlage Elternbeitragssatzung, Reg.-Nr. 140/2016 und Stellungnahme der Verwaltung – nur für sachk. Einwohner (Stadträte bereits erhalten)
- Stellungnahme zum präzisierten Antrag der FDP/Initiative Plauen zur Erweiterung der Öffnungszeiten der Tourist-Information – Reg.-Nr. 145-16 an Stadträte und sachk. Einwohner

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 23. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird mit der Ergänzung bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.10.2016

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt sachliche Richtigkeit der Niederschrift über die 22. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.10.2016 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

keine Information

2. Einwohnerfragestunde

keine Anfragen

3. Vorberatung

3.1. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin und ggf. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin als Stellvertreter
Drucksachennummer 451/2016

Herr Kretzschmar, Leiter Fachgebiet Bürgerbüro/Service/Wahlen, führt zum Inhalt der Vorlage aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass Frau Rau als Bewerberin nicht zugelassen ist und Herr Beitat für heute abgesagt hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, dass sich die 3 Bewerber/innen jeweils 5 Minuten vorstellen und durch den Ausschuss Fragen gestellt werden können.

Auf Anfrage von Herrn Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., erklärt Herr Kretzschmar, dass keine politische Überprüfung erfolgt. Mit Einverständnis der Bewerber/innen wurde ein polizeiliches Führungszeugnis eingeholt. Weiterhin ist durch die Bewerber/innen eine Erklärung zu unterzeichnen, dass sie keine Menschenrechte verletzt haben.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Schubert um Ausführungen zu seiner langjährigen Tätigkeit als Friedensrichter.

Herr Schubert, Friedensrichter, bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Besonderer Dank gilt Herrn Kretzschmar und Herrn Grasse, FBL Zentrale Dienste, für die gute Zusammenarbeit. Er führt weiterhin zum Arbeitsanfall, öffentlichen Sprechzeiten sowie zum Tätigkeitsfeld aus. Er weist darauf hin, dass auch bei einer Schiedsstelle vollstreckbare Titel erreicht werden können.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, empfiehlt, in den Stadtnachrichten einen Artikel im Rahmen des Wechsels und Anerkennung für die 15jährige Tätigkeit von Herrn Schubert als Friedensrichter zu veröffentlichen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich für die langfristige Ausübung des Ehrenamtes bei Herrn Schubert. Mit seinem Einverständnis wird in den Stadtnachrichten über seine geleistete Aufgabe informiert und die beiden Personen vorgestellt, die aus dieser Wahl hervorgehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet die Kandidaten einzeln in den Besprechungsraum, beginnend mit Herrn Koschinsky, dann Frau Metscher und Frau Kowalzik.
Er stellt jeweils den Verwaltungsausschuss vor und bittet den/die Kandidaten/Kandidatin um kurze Darstellung zur Person und Motivation für dieses Ehrenamt. Im Anschluss können von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses Fragen gestellt werden.

– Herr Koschinsky

führt aus zu seiner Person.

Auf Anfrage von Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, erklärt Herr Koschinsky, dass er bereits ehrenamtlicher Richter am Sächs. Finanzgericht ist.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, fragt, ob ihm der zeitliche Aufwand für dieses Ehrenamt bekannt ist, was er verneint.

Herr Schubert führt zum zeitlichen Aufwand aus.

Zur Frage nach der Methodik der Schlichtung von Herrn Torsten Dolata, sachk. Einwohner SPD/Grüne-Fraktion, erklärt Herr Koschinsky, dass er entsprechend der Situation darauf eingehen würde.

– Frau Metscher

erklärt u. a., dass sie in ihrer Funktion als Stellvertreterin des Friedensrichters bereits Erfahrungen sammeln konnte. Sie spricht auch den Arbeitsaufwand zu den Vor- und Nachbereitungen sowie Protokollierung bei Vergleichen an.

Stadtrat Weiß bittet, die positiven oder negativen Seiten an der Tätigkeit des Friedensrichters darzulegen.
Frau Metscher führt aus, dass man die Gegenpartei erst zu dem Termin kennen lernt.

Herr Schubert bedankt sich für die gute Zusammenarbeit der vergangenen 2 Jahre.

– Frau Kowalzik

merkt u. a. an, dass sie sich nur für das Ehrenamt „Stellvertreterin des Friedensrichters“ beworben hat.

Auf Anfrage von Stadtrat Weiß erklärt Frau Kowalzik, dass ihr der Zeitaufwand nicht bekannt ist.

Sie hat jedoch durch die Familie Unterstützung bei der Betreuung ihres Kindes.

Herr Schubert führt nochmals zu den öffentlichen Sprechzeiten aus und weist auf den Zeitaufwand der administrativen Dinge wie Vor- und Nachbereitung hin.

Auf die Frage von Herrn Dolata erklärt Frau Kowalzik, dass sie Probleme auf sachlicher Ebene klären und mit Freundlichkeit und beruhigend darauf eingehen würde.

Stadtrat Weiß fragt nach Erfahrungen in dieser Tätigkeit, auf die Frau Kowalzik direkt nicht verweisen kann, nur auf betrieblicher Ebene.

Herr Kretzschmar fasst zusammen: Momentan liegen 4 Bewerbungen vor; 3 Bewerbungen für Friedensrichter und Stellvertreter und 1 Bewerbung nur Stellvertreterin.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt zur weiteren Verfahrensweise aus, dass im Stadtrat im 1. Wahlgang der Friedensrichter gewählt wird. Dafür gibt es 3 Bewerbungen. Sollte Frau Metscher die Wahl für sich entscheiden, wird im 2. Wahlgang der Stellvertreter gewählt. Die Frage an Frau Metscher, ob sie auch Stellvertreterin bleiben würde, wird von ihr bejaht.

Oberbürgermeister Oberdorfer wirbt, auch für andere Ehrenämter zur Verfügung zu stehen. Frau Schierjott, Richterin Amtsgericht, hat ebenfalls Interesse bekundet.

Oberbürgermeister Oberdorfer fragt alle Bewerber/innen, ob sie die Teilnahme an der Stadtratssitzung am 22.11.2016, ca. 15:30 Uhr ermöglichen können. Der Termin wird von den Bewerbern zugesagt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet die Fraktionen, das Thema in der nächsten Fraktionssitzung nochmals aufzugreifen und im Ältestenrat zu informieren.

Herr Kretzschmar weist darauf hin, dass die schriftlichen Bewerbungen zur Einsichtnahme bei ihm vorliegen.

Keine Abstimmung erfolgt.

3.2. Satzung zur 5. Änderung der Entschädigungssatzung
Drucksachennummer 452/2016

Herr Kretzschmar, Leiter Fachgebiet Bürgerbüro/Service/Wahlen, führt zum Inhalt der Vorlage aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer hält es für hilfreich, das Thema mit in die Fraktionen zu nehmen und sich im Ältestenrat nochmals dazu zu verständigen.

Keine Abstimmung erfolgt.

3.3. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen (GeschO-PL-StR)
Drucksachennummer 469/2016

Zu Fragen zur Tätigkeit als Geschäftsführerin der Fraktion bittet Oberbürgermeister Oberdorfer, Frau Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, sich mit Herrn Brückner in Verbindung zu setzen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 469/2016 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, seine Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:
1. In § 3 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „6 volle Tage“ durch die Angabe „5 volle Tage“ ersetzt.
2. Nach § 3 Absatz 2 Satz 1 wird der Satz eingefügt: „Den Fraktionen steht die Einladung elektronisch ab dem Mittag nach dem Tag der damit befassten Ältestenratssitzung zur Verfügung.“
3. § 30 Satz 1 wird folgender Halbsatz angefügt: „ ‚soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist“.
4. § 30 Satz 1 wird folgender Satz angefügt: „Die Einberufungsfrist beträgt 6 volle Tage.“

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.4. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015 - Antrag der SPD/Grüne Fraktion, Reg.-Nr. 140/2016 und Stellungnahme der Verwaltung
Drucksachennummer 444/2016

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass im vergangenen Jahr zur Haushaltskonsolidierung die Elternbeiträge beschlossen und angepasst wurden. Dabei wurden alle gesetzlichen Grundlagen ausführlich beraten und beschlossen. Er geht von hoher Kompetenz der Stadträte aus, was die Angelegenheiten des Rechts betrifft und weist darauf hin, dass im Freistaat Sachsen die Pflicht besteht, einen Teil der Kosten umzulegen. Den größten Teil bei der Betreuung in Kindertagesstätten, Kinderkrippen und im Hortbereich tragen der Freistaat Sachsen und die jeweilige Kommune. Durch die Eltern sind nach gesetzlicher Regelung zwischen 20 und 30 % zu tragen. In den Erhebungen zur Umlage auf die Eltern liegt die Stadt in diesem gesetzlichen Rahmen.

Der Stadtrat hat im vergangenen Jahr eine jährliche Vorlage der Anlage beschlossen. Ebenfalls wurde festgelegt, dass die Erhöhung der Elternbeiträge in zwei Stufen erfolgen soll.
Er macht deutlich, dass eine Gebührenfreiheit einer landespolitischen Regelung bedarf.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Frau Kramer, Controllerin, die Kalkulation nochmals vorzustellen, da es dazu aus dem Bildungs- und Sozialausschuss Diskussionen und Nachfragen gab.

Frau Kramer, Controllerin, geht in der Präsentation auf die Finanzierung der Kindertagesstätten ein und weist darauf hin, dass durch die Kommune auch freie Träger finanziert werden.
Der Landeszuschuss, den die Kommune erhält, wird an den Freien Träger weitergereicht. Die Elternbeiträge vereinnahmt der Freie Träger. Es sind die gleichen Beiträge, die in den Kommunalen Einrichtungen lt. Satzung erhoben werden.
Sie weist darauf hin, dass jeder Beschluss einer Vorlage mit finanziellen Auswirkungen nur für diese Vorlage gilt und keine anderen finanziellen Auswirkungen im Haushalt hat. Es wurden nur die Elternbeiträge beschlossen. Eine Elternbeitragserhöhung beruht immer auf der Betriebskostenabrechnung des Vorjahres. Beachtung und Berücksichtigung müssen auch die gestiegenen Personal- und Sachkosten bei der Stadt und insbesondere bei den Freien Trägern finden. Auch durch gestiegene Kinderzahlen gibt es eine Kostensteigerung.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, verweist auf die Tarifsteigerung von Sozial- und Erziehungsdienst im Jahr 2015, die allgemeine Tarifsteigerung diesen Jahres 2,4 % und für nächstes Jahr nochmals 2,35 %.

Oberbürgermeister Oberdorfer entschuldigt Bürgermeister Zenner, der heute im Museumsverein tätig ist. Nachdem der letzte Bildungs- und Sozialausschuss im Streit geendet hat, sah er sich veranlasst das Thema nochmals auf die Tagesordnung zu setzen und hofft auf einen offenen und akzeptablen gegenseitigen Umgang.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, dankt Frau Kramer und

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, für die Beantwortung der Fragen aus dem Bildungs- und Sozialausschuss in der Fraktion. Zum Sachverhalt führt er aus, dass zur Antragstellung am 4. Oktober noch kein Haushalt vorlag. Mit dem Stand und den dazu gestellten Anfragen wurde die Deckungsquelle benannt.
Am 25. Oktober sollte die Satzung im Stadtrat beschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt waren die 450 TEUR noch nicht bekannt. Oberbürgermeister Oberdorfer hat entschieden, alles um einen Monat zu verschieben. Dafür möchte er sich bedanken.
Er führt weiter aus, dass unabhängig von den 450 TEUR es politischer Wille oder Entscheidung des Stadtrates ist, wo er zwischen den gesetzlichen Vorgaben den städtischen Zuschuss festlegt.
Weiterhin verweist Stadtrat Zabel auf die zusätzlichen Belastungen für die Familien, die besser durch die Kommune getragen werden sollten, da höhere Kinderzahlen auch zu mehr Schlüsselzuweisung führen.
Aus seiner Sicht wird er dabei bleiben, die Elternbeiträge an der gesetzlichen Untergrenze zu halten.

Zu den Ausführungen von Frau Kramer möchte er ergänzen, dass Freie Träger unsere gesetzliche Pflichtaufgabe erledigen. Wir haben uns entschieden, Freien Trägern bestimmte Einrichtungen zu übertragen. Vom Personalkostenansatz sind sie im Prinzip günstiger. In den vergangenen Jahren war unser Zuschuss an Personal- und Sachkosten höher. Es wurde weniger benötigt und ging in den Haushalt zurück. Jetzt gibt es einen Mehrbedarf und den legen wir um.
Stadtrat Zabel würde es nochmal mitnehmen und als politische Willensbildung betrachten.
Es entzerrt sich ein Streit, wenn man akzeptiert, dass es in den Fraktionen und unter den Fraktionen unterschiedliche Auffassungen gibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer: Um nicht jedes Jahr diesen Streit zu führen, wurde im vergangenen Jahr eine Satzung beschlossen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Elternbeiträge jedes Jahr steigen werden, weil jetzt schon klar ist, dass wir bei diesen Betriebskosten nicht bleiben. Es steht fest, dass sich die Tarife verändern und damit wird in jedem Jahr eine Vorlage vorgelegt.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, knüpft an die Ausführungen von Stadtrat Zabel an und weist darauf hin, dass die Stadt nach wie vor an das Haushaltsstrukturkonzept gebunden ist, um ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Im Bescheid zum Haushaltsstrukturkonzept steht, dass mit Beschluss des Haushaltsstrukturkonzeptes der Rat an die Umsetzung gebunden ist im Haushaltsplan und im Vollzug. Das Budgetrecht des Stadtrates ist damit eingeschränkt.
Wenn jetzt Grundpfeiler unserer Haushaltskonsolidierung in Frage stellen werden, befinden wir uns an der gleichen Stelle wie vor dessen Beschluss. Von daher ist es erforderlich, dass die Dynamisierungsregelung der Satzung auch umgesetzt wird.
Frau Göbel weist darauf hin, dass der Landeszuschuss immer auf den 1.4. des Vorjahres bemessen wird. Dies bedeutet, dass die Stadt bei neuen Plätzen eine zusätzliche Belastung trägt und vorerst auf den Landeszuschuss verzichten muss, da er erst zum späteren Zeitpunkt gezahlt wird. Frau Göbel appelliert, an dem festzuhalten, was sie für gut befunden haben.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, hat zum Antrag die Qualitätsfrage bewogen. Aus der Sicht der Zahlen stellten sich perspektivisch Mehreinnahmen dar. Für die Qualität liegt die Zuständigkeit beim Träger und es ist wichtig, dieses Projekt weiter zu führen und der Verantwortung gerecht zu werden. Deshalb der Vorschlag, 2 Stellen einzurichten.
Die Erhöhung der Zuschüsse an die Freien Träger war schon Thema bei der letztjährigen Haushaltskonsolidierungsdebatte. Die Fraktion sprach sich für eine Dynamisierung auf der gesetzlichen Untergrenze aus. Daher wurde der neuen Elternbeitragssatzung im vergangenen Jahr nicht zugestimmt. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn eine Erhöhung stattfinden soll, der wir nur zustimmen können, wenn ein Großteil des Geldes auch für Qualitätsverbesserung bei Kitas eingesetzt wird. Darüber kann man politisch unterschiedlicher Meinung sein.

Stadtrat Zabel stellt an Frau Göbel folgende Fragen:

1. **Gilt die Aussage für alle Anträge, die die Fraktionen - die Haushaltskonsolidierung betreffend - in den nächsten Wochen und Monaten**

einreichen?

2. **Können ausschließlich Anträge gestellt werden, die sich durch Deckungsquellen -Mehrerträge - finanzieren?**

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Beantwortung im Laufe der Haushaltsdebatte zu.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest den Beschlusstext des Antrages der SPD/Grüne Fraktion, Reg.-Nr.- 140/2016 und verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt den Antrag, Reg.-Nr. 140/2016, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Oberbürgermeister Oberdorfer richtet sein Wort an die SPD/Grüne Fraktion. Natürlich wäre es prinzipiell wünschenswert, zwei pädagogische Stellen zu schaffen. Das ist aber eine zusätzliche Betriebskostenausgabe und wäre zu kalkulieren und zu planen, wenn das mehrheitlich gewünscht wird. Wir wollen uns im nächsten Jahr unterhalten, welche Wege es gibt, mehr Qualität bei der Sprachförderung in Kitas zu ermöglichen.

Stadtrat Zabel sieht dies als funktionierenden Kompromissvorschlag.
Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 444/2016 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung).

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

4. Präzisierter Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen zur Erweiterung der Öffnungszeiten der Tourist-Information, Reg.-Nr. 145-16

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, spricht seinen Dank aus. Der präzisierte Antrag und die Stellungnahme der Verwaltung liegen vor. Er wirbt um Zustimmung zu diesem Antrag, da das vorliegende Konzept stimmig ist.

Frau Weck, Pressesprecherin der Stadt Plauen, führt zur Stellungnahme der Verwaltung aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist auf ein Jahr Testphase hin. Besucherzählungen und die Ermittlung der Umsatzahlen erfolgen durch die Mitarbeiter und werden dann vorgelegt. Eine evtl. Anpassung der Öffnungszeiten kann dann noch erfolgen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, würde um 2 Präzisierungen bitten.
1. Wie wird es angenommen?
2. Welche Kosten entstehen und wie sind diese im Haushalt dargestellt?

Frau Weck merkt an, dass wie in der Stellungnahme beschrieben weitere Dinge zu berücksichtigen

sind, die im Moment nicht mit Zahlen unterlegt werden können. Das wird jetzt erst geprüft. Die Personalkosten werden sich in einer Größenordnung von rd. 10 bis 11 TEUR belaufen.

Oberbürgermeister Oberdorfer würde dem Antrag zustimmen. Eine Auswertung erfolgt im Ausschuss.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., schlägt eine etwas offensivere Werbung zu den veränderten Öffnungszeiten vor.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Frau Weck, in den Stadtnachrichten entsprechend darüber zu berichten.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, ergänzt, dass es im Stellenplan zum Haushalt 2017 noch zu planen ist. Personalkostenseitig kann sie jetzt keine genaue Aussage treffen.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt den präzisierten Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, mit der Reg.-Nr. 145-16, incl. Stellungnahme der Verwaltung, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2017

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, ob das Organisationsentwicklungskonzept im Haushaltsplanentwurf 2017 Berücksichtigung gefunden hat.

Die Frage wird von Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, mit „Ja“ beantwortet. Zum Beispiel gibt es eine Stelleneinsparung im Rechnungsprüfungsamt.

Stadtrat Hermann bittet, die Umsetzung des Organisationsentwicklungskonzeptes in einer Übersicht darzustellen und an die Fraktionen auszureichen.

Frau Karliner merkt an, dass in der Übersicht der Stellenveränderungen die zum Haushalt ausgereicht wurde darauf hingewiesen ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Frau Karliner zu kontrollieren, ob es aus den Unterlagen erkenntlich ist. Wenn nicht, wird es nachgereicht.

Keine weitere Wortmeldung.

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, konnte noch keine Änderung erkennen zur Anfrage aus dem Verwaltungsausschuss im Monat März „Wettbewerbsexponate zum Rathausneubau“. Nach seiner Auffassung ist eine Realisierung noch nicht erfolgt.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick merkt weiterhin an, dass die Tourist-Information schon weihnachtlich dekoriert ist. Angesichts der „Stillen Woche“ findet er die eingeschaltete Beleuchtung unangebracht.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Änderung zu.

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den

Wolfgang Hinz
Stadtrat

Plauen, den 15.11.2016

Winkler
Schriftführer

Plauen, den

Prof. Dr. Lutz Kowalzick
Stadtrat